

Antrag Ini-03
Bezirksvorstand**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Klare Absage an den Kollaps-Mythos der Union: Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und ehrliche Reformdebatte**

1 Die SPD im Bezirk Hannover erteilt den Märchen der
2 Union, die gesetzliche Rentenversicherung stehe vor
3 dem Kollaps und sei nicht mehr finanzierbar, eine
4 klare Absage.
5 Wir bekräftigen:
6 **1. Die gesetzliche Rente ist sicher und finanzierbar.**
7 Die Rentenausgaben liegen im Verhältnis zur deut-
8 schen Wirtschaftskraft gemessen am Bruttoinlands-
9 produkt bei zuletzt unter zehn Prozent und sind in
10 den letzten Jahrzehnten sogar - bezogen auf die-
11 ses Verhältnis - gesunken. Folglich kann von einer
12 „untragbaren Kostenexplosion“ absolut keine Rede
13 sein.
14 **2. Die gesetzliche Rente ist der privaten Vorsorge**
15 **überlegen.** Sie ist solidarisch, demokratisch legiti-
16 miert, stabil, paritätisch finanziert, flexibel und fair.
17 Private Vorsorge kann keine so hohe und verlässliche
18 Absicherung bieten. Private Altersvorsorge wird in
19 der Regel nicht paritätisch finanziert und verschiebt
20 das Risiko auf Einzelne. Menschen mit geringem Ein-
21 kommen haben wenig Möglichkeiten für eine aus-
22 kömmliche private Altersvorsorge.
23 **3. Bundeszuschüsse stabilisieren und sichern bei-**
24 **tragsfremde Leistungen ab.** Die Mittel des Bundes
25 sind in Teilen kein Defizitausgleich für das gesetz-
26 liche Rentensystem, sondern dienen der Finanzie-
27 rung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben wie Kin-
28 dererziehungszeiten, der Witwenrente und der Bei-
29 tragsstabilisierung.
30 **4. Reformen müssen an sozialen Zielen ausgerich-**
31 **tet sein.** Für uns Sozialdemokrat*innen gilt: Zu-
32 erst müssen die Ziele der Rentenreformen klar be-
33 nannt werden: Lebensstandardsicherung, sozialer
34 Ausgleich, Armutsbekämpfung, Gleichbehandlung
35 und Umverteilung. Erst im zweiten Schritt dürfen Fi-
36 nanzierungsfragen beantwortet werden. Finanzpo-
37 litik folgt der Sozialpolitik, nicht umgekehrt.
38 **5. Eine ehrliche R eformdebatte braucht klare Leit-**
39 **fragen:** Dabei müssen grundlegende Fragen beant-
40 wortet werden: Wer erhält welche Leistungen, ab
41 wann und in welcher Höhe? Nach welchen Maßstä-
42 ben sollen Renten künftig angepasst werden? Ziel
43 bleibt dabei die Lebensstandardsicherung. Ebenso

44 gilt es, ein stabiles Mindestniveau zu sichern und
45 durch zielgerichteten sozialen Ausgleich mehr Ge-
46 rechtigkeit herzustellen. Auf der anderen Seite muss
47 für die Arbeitnehmer*innen eine zu hohe Abgaben-
48 last verhindert werden und der Beitragssatz ange-
49 messen sein. Auch bei der Frühverrentung muss ge-
50 prüft werden, wie faire Übergänge gestaltet werden
51 können. Schließlich ist zu entscheiden, welche Per-
52 sonengruppen in die gesetzliche Rente einzubezie-
53 hen sind – etwa Selbständige, Beamt*innen oder Mi-
54 nijobber*innen – um eine gerechte Erwerbstätigen-
55 versicherung zu schaffen.

56 **6. Kapitaldeckung ist kein Allheilmittel.** Sie löst
57 die demografische Herausforderungen der Zukunft
58 nicht, sondern schafft neue Unsicherheiten. Die Ver-
59 teilungsfrage bleibt intransparent, die Renditen sind
60 je nach Ausgestaltung allenfalls bei langfristiger
61 Anlage gesichert und internationale Kapitalmärkte
62 sind kein verlässlicher Rettungsanker wie das Umla-
63 gesystem.

64 **7. Arbeitsmarkt und Produktivität sind zentral.** Ei-
65 ne starke gesetzliche Rente braucht gute Arbeit,
66 hohe Beschäftigungsquoten und gerechte Löhne.
67 Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik müssen immer ge-
68 meinsam mit der Rentenpolitik gedacht werden.

69 **8. Internationale Beispiele können den Weg für Re-
70 formen aufzeigen.** Österreich zeigt, dass ein höhe-
71 res Rentenniveau möglich ist, wenn die Gesellschaft
72 bereit ist, stärker umzuverteilen. Dort wird das Um-
73 lagesystem durch eine breite Einbeziehung und kla-
74 re sozialpolitische Zielsetzungen gestärkt. Aber das
75 österreichische Modell kann nicht eins zu eins auf
76 Deutschland übertragen werden. Schweden hinge-
77 gen verdeutlicht die Risiken eines zu starken Kapi-
78 taldeckungsmodells, das die demografischen Lasten
79 einseitig auf die Rentner*innen verlagert und immer
80 wieder politische Korrekturen erforderlich macht.
81 Für Deutschland ist daher klar: Unser Weg muss die
82 Stärkung des solidarischen Umlagesystems mit der
83 gesetzlichen Altersrente und der betrieblichen Al-
84 tersvorsorge sein – nicht die Abkehr davon.

85 **9. Die SPD bekennt sich klar zum Umlagesystem.** Wir
86 treten für dessen Weiterentwicklung in Richtung
87 einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung ein
88 und weisen den Krisendiskurs entschieden zurück.
89 Der Bezirksparteitag fordert die SPD-
90 Bundestagsfraktion auf, diese Leitlinien in der
91 aktuellen rentenpolitischen Debatte klar zu ver-
92 treten und die Erzählung vom Kollaps der Rente

93 entschieden zurückzuweisen.